

Anlage 12_Datenschutzinformation

Maßnahme: VERGABEVERFAHREN RECHTSBERATUNGSLEISTUNGEN

Vergabenummer: EIN-742

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Wichtige Hinweise

I. An Bieter als Arbeitgeber

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DS-GVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter.

Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen an uns allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

II. An Bieter, wenn und soweit sie den Einsatz von Drittunternehmen (qualifizierte) Unterauftragnehmer) im Verfahren vorsehen

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern von Drittunternehmen, die im Rahmen dieses Vergabeverfahrens von den Bietern für die Ausführung von Unteraufträgen vorgesehen sind (Unterauftragnehmer/Nachunternehmer) sowie anderer Unternehmen, deren Kapazitäten eine Bewerberin/ein Bewerber oder eine Bieterin/ein Bieter für den Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt (qualifizierter Unterauftragnehmer), aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern von Drittunternehmen delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DS-GVO gegenüber den betroffenen Personen der für den Einsatz vorgesehenen Drittunternehmen auf Sie als Bieter.

Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen an uns den für den Einsatz vorgesehenen Drittunternehmen auszuhändigen und dabei darauf hinzuweisen, dass dieses Hinweisblatt an alle betroffenen Beschäftigten im Unternehmen auszuhändigen ist. Bitte teilen Sie dem Drittunternehmen mit, ob es sich bei ihm um einen

qualifizierten Unterauftragnehmer handelt oder nicht.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens Rechtsberatungsdienstleistungen bei der SPRIND GmbH („SPRIND“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („DS-GVO“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

<p>Verantwortlicher im Sinne der DS-GVO:</p> <p>SPRIND GmbH Lagerhofstr. 4 04103 Leipzig</p> <p>E-Mail: datenschutz@sprind.org</p>	<p>Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:</p> <p>Forvis Mazars GmbH Co. KG Peter Felst Domstraße 15, 20095 Hamburg</p> <p>E-Mail: datenschutz.hamburg@mazars.de</p>
--	---

3. Welche Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten und welche Quellen nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartnern von Bewerbern bzw. Bewerberinnen und Bietern bzw. Bieterinnen;
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabepattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („DS-GVO“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („BDSG“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

4.1 Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zunächst zum Zweck der Vertragsanbahnung im Rahmen eines Vergabeverfahrens. Die weitere Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt sodann zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabegrundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung sowie der Durchführung einer Eignungs- und Zuverlässigkeitsprüfung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

4.2 Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir haben bei der Vergabe von Aufträgen das Vergaberecht zu beachten. Hierzu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen („GWB“), die Vergabeordnung („VgV“) und die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO).

Zur Erfüllung (vor-)vertraglicher Pflichten ist die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. b) DS-GVO zulässig.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. c), Abs. 3 DS-GVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des **GWB** zur Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Sind Sie als Beschäftigte oder Beschäftigter eines sogenannten **qualifizierten Unterauftragnehmers** tätig (Unterauftragnehmer, auf den sich der Hauptauftragnehmer zum Nachweis seiner Eignung beruft), erfolgt die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für Zwecke einer Eignungs- und Zuverlässigkeitsprüfung gemäß Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. c), Abs. 3 DS-GVO in Verbindung mit den §§ 122, 123 GWB, § 47 Abs. 2 und § 36 Abs. 1 und 5 der **VgV**.

Sind Sie Beschäftigte oder Beschäftigter eines **Unterauftragnehmers, der kein qualifizierter Unterauftragnehmer ist**, werden Ihre Daten nur für Zwecke der Zuverlässigkeitsprüfung verarbeitet: Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. c), Abs. 3 DS-GVO in Verbindung mit den §§ 122, 123 GWB und § 36 Abs. 5 VgV.

Sollte Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. c) DS-GVO nicht als ausreichende Erlaubnisnorm für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch SPRIND im Rahmen des Vergabeverfahrens angesehen werden, so stützen wir die Zulässigkeit der Verarbeitung jedenfalls auf Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. e), Abs. 3 S. 1 lit. b) DS-GVO i.V.m. § 1 SPRIND-Freiheitsgesetz sowie den zuvor benannten vergaberechtlichen Vorschriften.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 UA 1 lit. f) DS-GVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre personenbezogenen Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Meldungen an das Statistische Bundesamt im Rahmen der VergStatVO
- Zuständige Stellen für vergaberechtlich relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister,

Transparenzregister, TED (tenders electronic daily – Beilage zum Amtsblatt der EU))

- Zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- Mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Sind Sie Beschäftigte oder Beschäftigter eines **Unterauftragnehmers, der kein qualifizierter Unterauftragnehmer** ist, erfolgt keine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten an einen Referenzgeber. In diesem Fall werden bereits keine Referenzen abgefragt.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DS-GVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen – soweit erforderlich:

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabepattformen,
- Digitale Dokumentenablage und Aufbewahrung,
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen.

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung („BHO“) festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von

bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Gemäß Art. 15 DS-GVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DS-GVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DS-GVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DS-GVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Fällen eingeschränkt.

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. b) DS-GVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DS-GVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DS-GVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DS-GVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die SPRIND GmbH zuständige Aufsichtsbehörde lautet:

Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI),
Graurheindorfer Str. 153, 53117 Bonn
Telefon: +49(0)228 997799-0
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de
De-Mail: poststelle@bfdi.de-mail.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet, weshalb deren Nichtvorliegen zu einer Nichterfüllung von Mindestanforderungen oder

vergaberechtlichen Ausschlusskriterien führen kann, welchen den Ausschluss des Bewerbers oder der Bewerberin bzw. des Bieters oder der Bieterin nach sich ziehen können.

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DS-GVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DS-GVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. e) DS-GVO (Datenverarbeitung auf Grundlage der Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse) oder gemäß Art. 6 Abs. 1 UA 1 lit. f) DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DS-GVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DS-GVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.